
GRE-Standpunkt: Energiepreisentwicklung und Zukunftssicherung

Was lange als Horrorszenario oder als Problem einer fernen Zukunft abgetan wurde, bekommt inzwischen jeder einzelne unmittelbar zu spüren: Die Energiepreise explodieren. Jede Meldung über einen neuen Höchststand der Preise für Öl an den Weltmärkten, jede Preiserhöhung an den Tankstellen, jede Heizöl- oder Stromrechnung machen klar, dass das Problem mitten in der Gesellschaft angekommen ist. Experten warnen vor der Bedrohung der Volkswirtschaften durch diese Entwicklung. Geradezu existentiell könnte sie sich für viele Kleinunternehmer und Verbraucher mit niedrigen Einkommen auswirken, die ohnehin schon Schwierigkeiten haben „über die Runden zu kommen“.

Vor diesem Hintergrund kommen die Meldungen über Demonstrationen von Fernfahrern und Blockaden von Fischern aus Protest gegen die hohen Preise keineswegs überraschend, im Gegenteil, fast verwundert es, dass die Forderungen an die Politik, helfend einzugreifen, nicht noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden.

Und Vorschläge der politisch Verantwortlichen bleiben nicht aus: So werden neue Tarifstrukturen der Stromversorger angemahnt, die eine preisgünstige Grundversorgung sicherstellen. Insbesondere aber werden die Rufe nach einer steuerlichen Entlastung des Energiekonsums immer lauter. Der ADAC fordert eine Aussetzung der Ökosteuer und findet zunehmend Unterstützung aus Kreisen der CDU. Die mehr oder weniger radikale Absenkung der Mehrwertsteuer auf Energie wird dagegen von Teilen der FDP favorisiert, ebenso wie vom französischen Präsidenten Sarkozy.

Die Vorschläge werden flankiert von Klagen über eine immense Spekulationsblase als entscheidendem Preistreiber. Was mit starken Worten als Empörung vorgetragen wird, ist tatsächlich eher eine Mischung aus orientierungsloser Beschwichtigung und vager Hoffnung. Natürlich sind Spekulationsgewinne und die gigantischen Überschüsse der Energieproduzenten und Versorgungskonzerne ein Ärgernis. Und niemand kann wirklich mit Sicherheit beziffern, wie groß der spekulative Anteil an der aktuellen Preisentwicklung bei den fossilen Energieträgern, insbesondere von Erdöl ist. Und mit ziemlicher Sicherheit lässt sich sagen, dass das Verhältnis von Angebot dieser Rohstoffe zu der weltweit steigenden Nachfrage immer ungünstiger wird, dass dieser Prozess unumkehrbar ist und dass er sich grundsätzlich weiter beschleunigen wird.

Es wäre verantwortungslos, sich dieser klaren Erkenntnis zu verschließen oder sie mit dem Hinweis auf die kanadischen Ölsandressourcen (die nur mit miserablen Wirkungsgrad unter Verwüstung ganzer Landstriche erschlossen werden können) oder auf neu entdeckte Ölfelder vor der brasilianischen Küste (7000 Meter unter dem Meeresspiegel!) einzutrüben.

Es ist deshalb ebenfalls verantwortungslos, den Eindruck zu erwecken, das Problem ließe sich durch eine steuerliche Entlastung des Energiekonsums prinzipiell beheben, im Gegenteil. Spätestens mit der aktuellen Preisexplosion sollten sich all diejenigen eines Besseren belehren lassen, die sich in günstigeren Jahren gegen eine steuerlich gelenkte kontrollierbare Preisprogression von Energieträgern gewehrt haben. Denn die aktuell zu beobachtende Entwicklung, dass der Benzinkonsum einbricht und dass weniger Heizöl verbraucht wird, dass die Nachfrage nach energetischer Gebäudemodernisierung steigt, hätte sehr viel früher kontrolliert und sozial verträglich eingeleitet werden können und müssen. Erneut zeigt sich, dass Preise und absehbare Preisentwicklungen weitaus wirksamer sein können als Verordnungen und Gesetze. Und es wäre für die Volkswirtschaft, vor allem aber für die weniger finanzstarken Betriebe und Privatpersonen fatal, diese Entwicklung durch Preissubvention verzögern oder aufhalten zu wollen. Abgesehen davon, dass gerade die Aussetzung der Ökosteuer Löcher in den Rentenkassen aufreißen würde, die wiederum die am meisten Betroffenen nur anders belasten würde, widerspricht eine Subvention der Preise allen marktwirtschaftlichen Grundsätzen.

Andererseits ergeben sich durch die erhöhten Energiepreise zusätzliche staatliche Einnahmen aus der Mehrwertsteuer in erheblichem Umfang. Insofern liegt die Forderung nahe, aus diesen Mehreinnahmen die Kräfte des Marktes dahingehend zu beleben, Investitionsmöglichkeiten zur Einsparung von Energie zu verbessern. Ein marktwirtschaftliches Instrument, das in dieser Richtung Wirksamkeit verheißt, ist die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Waren und Dienstleistungen, die unmittelbar zur Absenkung des Energieverbrauchs führen. Dieses Instrument hätte neben dem Steuerungseffekt den immensen Vorteil, dass es allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute käme (anders als z.B. die Pendlerpauschale, deren Wirksamkeit von der Steuerprogression abhängig ist): Beispiele dafür sind Technologien zur Treibstoffeinsparungen bei KFZ wie Start-Stopp-Automatiken, Produkte aus dem Spektrum der weißen Ware (Kühlgeräte, Spül- und Waschmaschinen) mit der besten Energieeffizienzklasse, insbesondere alle Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung (baulich wie anlagentechnisch), einschließlich der Ausstellung von Energie-(bedarfs)ausweisen und der Energieberatung. In diesem Bereich liegen gigantische Potentiale zur Einsparung von Energie, die hier ohne nennenswerte Impulse für das Wirtschaftswachstum verzehrt wird.

Auch die aktuellen Überlegungen zur Höhe und Gestaltung des Wohngeldes und der Sozialhilfe sollten diesen Grundsätzen folgen. Natürlich muss die Energiepreisentwicklung berücksichtigt werden. Das sollte aber nicht in der Weise geschehen, dass der erhöhte Aufwand für den Energieverbrauch selbst erstattet wird, sondern durch einen verbrauchsneutralen Aufschlag, der dem Empfänger den Anreiz gibt, sparsamer mit Energie umzugehen oder sich eine Wohnung mit geringem Energiebedarf zu suchen. Der aktuell eingeführte Energieausweis, soweit er als Bedarfsausweis tatsächlich über die bauliche Qualität der Immobilie Auskunft gibt, ist hierfür eine gute Grundlage. Er kann helfen, sowohl die staatlichen Mehrausgaben zu reduzieren als auch die finanziellen Spielräume des einzelnen zu erhöhen.

Ergänzend zu diesen Vorschlägen könnte die längst überfällige steuerliche Freistellung des Existenzminimums, das natürlich unter Einbeziehung der Energiepreisentwicklung definiert werden muss, auch Geringverdienern die Lebensgrundlage sicherstellen. Über die Pendlerpauschale neu nachzudenken lohnt sich ebenfalls. Sie sollte nicht nur wieder vom 1. Kilometer an gelten, sondern auch kostenneutral von der Steuerprogression abgekoppelt werden, indem z.B. 0,12 oder 0,13 € pro Entfernungskilometer direkt von der Steuerschuld abgezogen werden können.

Alle genannten Maßnahmen sind finanzierbar. Das Problem der Aufteilung der Mehrwertsteuer- Einnahmen zwischen Bund und Bundesländern müsste ebenfalls lösbar sein. Die Investition des stark gestiegenen Mehrwertsteueraufkommens durch die Energiepreissteigerung in steuerliche Entlastung der Maßnahmen zur Energieeinsparung setzt zudem Investitionen frei, die unmittelbar dem Wirtschaftswachstum und dem Arbeitsmarkt zugute kommen. Vor allem aber wappnen sie vor den zu erwartenden künftigen Entwicklungen. Der Zwang zum sparsamen Umgang mit Energie wird dadurch nicht reduziert, wie durch direkte Preissubvention, aber er wird erleichtert. Und damit wird auch die Umsetzung der übergeordneten Ziele erleichtert, die in der Situation aktueller Existenzsorgen fast schon in den Hintergrund geraten, nämlich den nachfolgenden Generationen so viel wie möglich von den beschränkten Ressourcen des Planeten übrig zu lassen und das Klima so wirksam zu schützen, dass auch in Zukunft in möglichst großen Teilen der Erde ein menschenwürdiges Leben geführt werden kann.

Kassel im Juli 2008

Prof. Dr.-Ing. Gerd Hauser (Vorsitzender des Vorstandes)
Dr. Rolf-Michael Lüking (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied)

GRE e.V.
Gottschalkstraße 28a, 34127 Kassel
www.gre-online.de